

Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden:

«Im Auftrag der bündnisgrünen Fraktion des Baden-Badener Gemeinderates beantragen wir mehr Menschlichkeit in der Flüchtlingsdebatte und eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden, was unseren Stadtkreis zudem finanziell und von Bürokratie entlasten wird», schreibt Günter Seifermann im Auftrag seiner grünen Fraktion an Bürgermeister Michael Geggus, SPD.

Weiter fordern die Grünen die Stadtverwaltung auf, «mit den gesetzlichen Krankenkassen eine Rahmenvereinbarung zur besseren und erleichterten Behandlung von Flüchtlingen zu schließen.» Die Krankenkassen könnten dann den in Baden-Baden untergebrachten Flüchtlingen elektronische Gesundheitskarten ausstellen, mit denen diese selbstständig ärztliche Behandlung beanspruchen könnten, erklärten die Grünen dem zuständigen Bürgermeister die Richtung für den auch in Baden-Baden noch größeren Ansturm von Flüchtlingen. Bisher müssten die Flüchtlinge zuvor zum Sozialamt gehen und dort einen Behandlungsschein ausstellen lassen. Schnelle Akut-Behandlungen wären so nur eingeschränkt möglich und Krankheiten würden sich in den Unterkünften in der Folge rascher ausbreiten. Krankheitsbilder würden «mit hoher Wahrscheinlichkeit chronisch und damit teurerer». In Baden-Württemberg hätten sich die gesetzlichen Krankenkassen, insbesondere die AOK, gegenüber diesem Modell zudem bereits gesprächs- und lösungsbereit gezeigt, klärt Günter Seifermann den zuständigen Bürgermeister auf. Der weiß jetzt Bescheid und die Grünen bedanken sich «bereits im Voraus für rasche Umsetzung». Zurzeit haben es die Grünen zwischen Berlin und Baden-Baden ziemlich zackig bis militärisch!

Goodnews4 vom 14. Oktober 2014